

ich bin #wählerisch

Hintergrundinfos zu den Themen der Umfrage¹

Bildung

a) Vorbereitungen auf Beruf und Alltag

Viele Schülerinnen und Schüler wünschen sich im Unterricht mehr Tipps für den späteren Alltag als Erwachsene. Probleme wie Mieten, ein eigenes Konto bei der Bank, Versicherungen, Steuererklärungen oder ein sicherer Umgang im Internet werden häufig wenig besprochen. Zwar gibt es durch Schülerpraktika oder Ausflüge in Berufsinformationszentren schon während der Schulzeit Hilfe bei der Berufswahl. Trotzdem fühlen sich viele durch die Schule nicht ausreichend auf eventuelle Alltagsprobleme vorbereitet. Aber wer muss oder soll denn eigentlich Alltagswissen vermitteln? Schule, Eltern, Freunde, Vereine? Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen:

- Hier ist ein Interview mit Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, der ein „Fach Alltagswissen“ für weniger wichtig hält:
<https://www.facebook.com/morgenmagazin/videos/1131468946869922/?fallback=1>
- Die Bildungsministerin Johanna Wanka unterstützt mehr Alltagstipps in der Schule:
<https://www.verbraucherbildung.de/artikel/bundesbildungsministerin-fuer-schulfach-alltagswissen>

b) Einheitliche Schulform

Kinder und Jugendliche gehen nach der Grundschule auf ganz unterschiedliche weiterführende Schulen. Die bekanntesten sind momentan Haupt- und Realschule sowie das Gymnasium. Es gibt daneben aber auch noch viele weitere. In vielen Bundesländern wird momentan darüber diskutiert, die Hauptschule aufzulösen und mit anderen Schulen zu verbinden.

Der Vorteil der unterschiedlichen Schulformen ist, dass zum Beispiel Kinder mit Lernschwächen oder Sprachschwierigkeiten eine angemessene Betreuung erhalten und sich der Unterricht den Bedürfnissen der Kinder anpassen kann. Der Praxisbezug in der Hauptschule erleichtert zudem den Einstieg in einen handwerklichen Beruf. Nachteile sind aber, dass vielen Kindern dadurch die Möglichkeit auf einen höheren Abschluss, wie das Abitur, stark erschwert wird, dass sich Jugendliche ausgegrenzt fühlen und dass eine soziale Spaltung verstärkt wird.

- Diese Seite bietet einen Überblick über das dreigeteilte Schulsystem sowie über andere Schulformen: <https://www.netpapa.de/schulformen-deutschland.html>
- Der Bundestag hat 2006 eine Pro und Kontra Stellungnahme zu den Schulformen veröffentlicht: <https://www.bundestag.de/blob/415418/fbae4a80b8f046f9f9ed7220225bb131/wd-8-231-06-pdf-data.pdf>

¹ Die angegebenen Links dienen als Anstoß für eine tiefergehende Recherche und stellen nur eine kleine Auswahl an möglichen Informationsquellen dar.

c) Einheitliches Bildungssystem

Die Zuständigkeit für das Schulwesen liegt bei den 16 Bundesländern („Föderalismus“). Das heißt, dass jedes Land selbst darüber entscheiden kann, wie sein Bildungssystem gestaltet werden soll. So gibt es überall in Deutschland verschiedene Schulformen (Stadtteilschule, Gesamtschule etc.) und Kinder gehen unterschiedlich lange in die Grundschule (vier oder sechs Jahre). Das hat zwar den Vorteil, dass jede Landesregierung sich immer bemüht, das beste Schulsystem in Deutschland anzubieten. Allerdings wird es dadurch zum Beispiel schwerer, zwischen den Bundesländern die Schule zu wechseln. Auch die Abiturprüfungen sind unterschiedlich, sodass sich einige Schülerinnen und Schüler ungerecht behandelt fühlen.

- Mehr zum Thema Bildungssystem:
<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/163283/das-bildungssystem-in-deutschland>
- In diesem Portal des deutschen Bundestages diskutieren zwei Jugendliche über das einheitliche Bildungssystem:
https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bildung/Pisa-2014/Pro-Contra-Kooperationsverbot/index.jsp

Flüchtlinge

a) Flüchtlingskinder in Schulen

Für alle Kinder in Deutschland gilt die Schulpflicht. Auch geflüchtete Kinder haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status, einen Rechtsanspruch auf Bildung. Wann sie jedoch tatsächlich zur Schule gehen können, ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In einigen Bundesländern (zum Beispiel Berlin, Bremen oder Hamburg) sieht das Gesetz das schneller vor, in anderen (zum Beispiel Baden-Württemberg oder Bayern) beginnt die Schulpflicht aber erst nach sechs beziehungsweise drei Monaten Aufenthalt in Deutschland nach dem Asylantrag. Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften können häufig nicht zur Schule gehen und auch Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren haben oft einen erschwerten Schulzugang.

Häufig fehlen Lehrer oder gut ausgebildete Sozialpädagogen, die den Kindern beim Deutschlernen oder im Unterricht helfen können. Auch den Platz für neue Klassen und Schüler kann nicht jede Schule bieten.

- Dieser Bericht fasst die rechtliche Situation sowie die praktische Umsetzung des Schulzugangs für Flüchtlingskinder zusammen:
http://www.b-umf.de/images/Recherche_Bildung.pdf
- In diesem Portal stehen viele Infos über Flüchtlingsintegration allgemein und über die aktuelle Lage für Flüchtlingskinder:
<https://mediendienst-integration.de/artikel/bildungspolitik-zur-umsetzung-der-schulpflicht-fuer-fluechtlinge.html>

b) Integration durch Freizeit

Bei gemeinsamen Hobbies kommen Menschen zusammen und knüpfen Kontakte. Das Zusammenspiel im Orchester oder das Bolzen auf dem Fußballplatz kann dabei helfen, ein Gefühl von Gemeinschaft und Zusammenhalt zu entwickeln. Kulturelle Unterschiede oder Vorurteile können so überwunden werden und auch andere wichtige Fähigkeiten, wie zum Beispiel die deutsche Sprache, können einfacher und spielerischer erlernt werden. Vor allem geflüchtete Kinder benötigen diese Form von Integration, nicht nur um ihre Kreativität auszuleben, sondern auch, um schnell Freunde in ihrem Alter zu finden. Manchmal scheitert der Zugang zu Aktivitäten jedoch bereits an alltäglichen Dingen. Ein funktionierendes Fahrrad zum Beispiel, um einen Ausflug zu machen, oder am fehlenden Geld für eine Busfahrkarte. Oft fehlt aber schon die Information darüber, was man wo mitmachen könnte.

- Du möchtest wissen was in deiner Region für Flüchtlinge getan wird? Dann findest du auf dieser interaktiven Landkarte ein paar Beispiele:
<https://www.tagesschau.de/inland/hilfe-fuer-fluechtlinge-101.html>
- In der Studie „*Kindheit im Wartezustand*“ von UNICEF ist die Situation von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften geschildert (Zusammenfassung auch als Download):
<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2017/studie-fluechtlingskinder-in-deutschland/137440>

c) Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt

Anerkannte Flüchtlinge dürfen grundsätzlich uneingeschränkt in Deutschland arbeiten. Asylsuchende, das heißt Menschen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, haben ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Auch eine Ausbildung kann dann erst nach drei Monaten begonnen werden. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern (zum Beispiel Albanien, Serbien oder der Kosovo) dürfen keiner Arbeit nachgehen.

Obwohl die Bundesregierung viele Programme entwickelt hat, um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, waren im März 2017 knapp eine halbe Million Flüchtlinge arbeitssuchend. Laut einer Umfrage der OECD und der DIHK fühlen rund 80 Prozent der Betriebe in Deutschland eine gesellschaftliche Verantwortung, Flüchtlinge einzustellen.²

- Die Bundesregierung hat eine Übersicht über ihre Programme zusammengestellt:
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/04/2014-04-13-integration-am-arbeitsplatz.html>
- Die Umfrage „*Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit*“ der OECD und des DIHK:
<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/nach-der-flucht-arbeitsmarktintegration-von-fluechtlingen-in-deutschland.htm>

² Degler, Eva/ Liebig, Thomas (2017): *Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit. Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland*. OECD/DISK (Hrsg.). Aufzurufen unter: <https://www.dihk.de/presse/meldungen/2017-03-15-oecd-studie>.

Nachhaltigkeit und Klima

a) Nachhaltige Produktion und fair gehandelte Produkte

„Eine nachhaltige Entwicklung entspricht den Bedürfnissen der heutigen Generation, ohne dabei künftige Generationen davon abzuhalten, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Diese weltbekannte Definition aus dem sogenannten „Brundtland-Bericht“ von 1987 gilt heute als Vorlage für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie für die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen.

Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen bei der Produktion von Waren menschen-, tier- und umweltfreundliche Verfahren angewandt werden. Fair gehandelte Produkte sind solche, bei denen zum Beispiel Bauern und Arbeiter angemessene Löhne erhalten und die dabei meist umweltbewusst produziert werden. Jedoch sind nachhaltige Produktionsverfahren oftmals teuer, sodass diese nicht immer kurzfristig für die Unternehmen vorteilhaft sind, insbesondere für kleine Unternehmen.

- Einige Videos, Artikel und weiterführende Links über Nachhaltigkeit, fairen Handel und das Fair Trade Siegel gibt es unter:
http://www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/faierer_handel/index.html
- Auf utopia.de stehen viele Alltagstipps für ein nachhaltiges Verhalten:
<https://utopia.de/>

b) Klimawandel

Sehr viele Akteure spielen in der internationalen Klimapolitik eine Rolle: Umweltschutzorganisationen, Firmen und natürlich auch Staaten und Staatenbünde. Die EU hat sich vorgenommen, den weltweiten Temperaturanstieg zu begrenzen, die Treibhausgasemission zu vermindern und Energien effizienter zu nutzen. Dafür handelt sie zum Beispiel mit CO₂-Ausstoß („Emissionshandel“). Auch Deutschland hat diese Ziele in seinem „nationalen Klimaschutzplan 2050“ festgelegt und geplant, dass der CO₂-Ausstoß bis 2050 um mindestens 80% gesenkt werden soll. Durch verschiedene Maßnahmen im Bereich Energie, Verkehr, Gebäudebau, Industrie oder Landwirtschaft soll der Klimawandel umfassend bekämpft werden.

Doch nicht alle finden zum Beispiel die Umstellung auf erneuerbare Energien gut. Durch hohe Strompreise und strenge Klimaschutzauflagen sind die Pläne der Bundesregierung für einige Vertreter aus der Wirtschaft eher von Nachteil. Vertreter aus der Zivilgesellschaft hingegen fordern von der Bundesregierung noch mehr klimafreundliche Gesetze und bezweifeln Deutschlands Rolle als „Klimavorreiter“.

- Ein kurzes Erklärungsvideo zum Emissionshandel:
<https://www.youtube.com/watch?v=7EiJo0lvvGw>
- In dem „Klimaschutzplan 2050 der deutschen Zivilgesellschaft“ fordern verschiedene Organisationen einen stärkeren Klimaschutz von der Bundesregierung:
<https://germanwatch.org/de/download/14935.pdf>

Gleichberechtigung

a) Männer und Frauen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, so steht es in Artikel 3 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes. Trotzdem ist dies in der Realität nicht immer der Fall. Im Arbeitsleben gibt es immer noch sexuelle Belästigungen von Frauen, was unter anderem unter dem Hashtag #metoo zurzeit international diskutiert wird. Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen auch weniger Geld als Männer.³ Die so genannte „Gender Pay Gap“, also die Lohnlücke zwischen Mann und Frau, liegt bei 21 Prozent. Grund ist, dass Frauen häufiger in sozialen Berufen arbeiten, in denen die Gehälter generell niedrig sind. Außerdem arbeiten viele Frauen nur in Teilzeit, wodurch sie ebenfalls weniger verdienen und schlechtere Aufstiegschancen haben. Aber auch wenn Frauen und Männer denselben Beruf ausüben, erhalten Frauen im Schnitt immer noch circa 6 Prozent weniger Lohn.

- In einem kurzen Beitrag berichtet die Tagesschau über sexuelle Belästigung im EU-Parlament: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-340759.html>
- In diesem Artikel werden einige Pro und Kontra Argumente zur gesetzlichen Lohngleichheit aufgeführt: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article161090092/Soll-man-gleiche-Bezahlung-fuer-Frauen-erzwingen.html>
- In einer aktuellen Broschüre hat das Statistische Bundesamt die Lohnentwicklungen und Verdienste in Deutschland zusammengefasst: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile

b) Gleichgeschlechtliche Paare

Am 30. Juni 2017 wurde das Gesetz zur „Ehe für alle“ im Bundestag und am 07. Juli vom Bundesrat beschlossen und seit Oktober dieses Jahres dürfen auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Ihre Ehe ist somit durch Artikel 6 des Grundgesetzes geschützt. Zudem geht mit der Gesetzesänderung auch einher, dass homosexuelle Paare das gleiche Verfahren bei der Adoption von Kindern durchlaufen müssen, wie heterosexuelle Paare. Dass in Deutschland die Ehe für homosexuelle Paare verhältnismäßig spät erlaubt wurde, liegt zum großen Teil in traditionellen oder religiösen Werten und Überzeugungen begründet. In einem Interview mit dem YouTuber LeFlويد betonte selbst Kanzlerin Angela Merkel, dass für sie persönlich die Ehe das Zusammenleben von Mann und Frau bedeute. Es geht in der politischen Debatte um die „Ehe für alle“ also auch viel um gesellschaftliche Wahrnehmungen, Werte und Traditionen.

³ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): *Verdienste auf einen Blick*. Aufzurufen unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile.

- Auf dieser Weltkarte ist die rechtliche Situation für Homosexuelle in verschiedenen Ländern abgebildet:
https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetze_zur_Homosexualit%C3%A4t
- Erklärungen zu den Begriffen Coming-out, Regenbogenfamilie, LGBT etc.
<http://www.rainbowproject.eu/material/de/glossary.htm>

c) Kinder und Jugendliche

Knapp 2,5 Millionen Jungen und Mädchen in Deutschland gelten als arm oder armutsgefährdet. Im Osten von Deutschland sind rund 20 Prozent der unter 15-Jährigen von Hartz-IV abhängig, während es in den alten Bundesländern „nur“ 13 Prozent sind.

Der Bildungserfolg eines Kindes ist häufig von der „sozialen Herkunft“ abhängig, wie verschiedene Studien beweisen.⁴ Kinder, deren Eltern keinen Universitätsabschluss haben, studieren zum Beispiel seltener. Zum einen haben weniger von ihnen ein Abitur, zum anderen können sie sich ein Studium häufig nicht leisten.

Experten fordern, dass mehr Geld insbesondere in die frühkindliche Erziehung gesteckt wird. Dadurch sollen alle Kinder schon von klein auf die gleichen Chancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder wie viel Geld sie haben. Zwar gibt es bereits ein breites Kita-Angebot, die Qualität der Betreuung leidet aber immer noch häufig an zu wenig Personal und einem zu kleinen kreativen Angebot.

- Der Mikrosoziologe Professor Hans Bertram warnt in dieser Analyse für UNICEF vor einer wachsenden Ungleichheit des Wohlbefindens von Kindern in Deutschland:
<https://www.unicef.de/informieren/materialien/analyse-offene-gesellschaft/144406>
- Ein ausführlicher Artikel zu sozialen Aufstiegsmöglichkeiten ist hier zu finden:
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/soziale-ungleichheit-aufstieg-deutschland-vermoegen-einkommen-bildung>

Rassismus und Nationalismus

a) Aufklärung im Unterricht

Am 21. Dezember 1965 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Anti-Rassismus-Konvention verabschiedet. In dieser verpflichten sich die Vertragsstaaten, darunter auch Deutschland, unter anderem dazu, „insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichts“ Maßnahmen zu treffen „um Vorurteile zu bekämpfen, die zu Rassendiskriminierung führen“ und die Völkerverständigung zu fördern.

In der Schule und im Unterricht werden die Themen Rassismus und Nationalismus nicht immer behandelt. Auf dem Schulhof und im Klassenzimmer kann es zu diskriminierenden und fremdenfeindlichen Beleidigungen und Vorurteilen kommen.

⁴ Z.B. Middendorf, Elke et al. (2013): *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012*. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Bonn/Berlin. Aufzurufen unter: <http://www.studentenwerke.de/de/content/20-sozialerhebung-des-%C2%A0deutschen-studentenwerks>.

Zwar gibt es Initiativen wie das Projekt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, bei dem sich das Personal und die Schüler selbst dazu verpflichten, sich gegen Diskriminierung einzusetzen und Unterrichtsmaterial von der Initiative gestellt bekommen. Aber vielleicht fehlen immer noch „Praxistipps“, um im Alltag mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Äußerungen umzugehen? Was denkst du? Hast du das Gefühl, dass an deiner Schule ausreichend über diese Themen gesprochen wird?

- Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Unterrichtsmaterial zum Thema Rassismus zusammengestellt:
<https://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/224136/alltaeglicher-rassismus>
- Unterlagen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:
<http://www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/publikationen/>

b) Nationale Interessen

Momentan hört und liest man in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen viel von wachsendem Nationalismus in der Weltpolitik. Großbritannien wird aus der EU austreten, Donald Trump verfolgt eine „America first“-Strategie, Rechtspopulisten in Ungarn, Polen, Österreich, Frankreich, Deutschland und vielen anderen Staaten werden laut und die EU scheint bei grundsätzlichen Fragen wie der Flüchtlingspolitik keine gemeinsame Lösung zu finden. Auf der anderen Seite gibt es auch solche Stimmen, die sich für Einigkeit und Zusammenarbeit einsetzen. Mit friedlichen Demonstrationen, Musik, Kultur, Wissenschaft, Satire und sachlichen Diskussionen zeigen Menschen weltweit, dass sie nichts von der Abschottungspolitik halten.

- Im SPIEGEL spricht Henrik Müller von einem „gefährlichen Nationalismus“:
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gefaehrlicher-nationalismus-falsche-patrioten-und-ihre-versprechen-a-1135396.html>
- In der FAZ möchte Rainer Hank das Verständnis von Nationalismus den rechten Populisten streitig machen:
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-ein-loblied-auf-den-nationalismus-14895109.html>